

PRESSEMITTEILUNG



Die freie Religionsausübung muss rechtlich geschützt bleiben

Potsdam, den 9. Juni 22

Am 29. Oktober 2017 wurde der Gottesdienst zum Baustart des Garnisonkirchenturms in Potsdam durch lautstarke Proteste mit Megaphon und Sprechchören massiv gestört.

Mehrfach hat das zuständige Gericht angekündigte Verhandlungstermine abgesagt. Heute, am 09. Juni 2022 wurde das Verfahren mit Hinweis auf den Zeitablauf eingestellt. Eine schriftliche Begründung liegt der Stiftung Garnisonkirche nicht vor.

Wieland Eschenburg, Kommunikationsvorstand der Stiftung Garnisonkirche und zum Verfahren als Zeuge geladen, erklärt in einem ersten Statement: „Wir wünschen uns eine arbeitsfähige Justiz, die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger schützt. Urteile sollten zeitnah und als unmittelbare Folge auf etwaige begangene Straftaten zügig gesprochen werden. Eine Verfahrenseinstellung fast fünf Jahre nach der Tat, mit der Begründung, dass es jetzt zu spät sei, kommt einer Kapitulation gleich.“

Cornelia Radeke-Engst, Pfarrerin i.R., am 29. Oktober 2017 für die Liturgie des Gottesdienstes verantwortlich, heute ebenso als Zeugin geladen, hat die Entscheidung zur Einstellung des Verfahrens im Gerichtssaal von der das Verfahren führenden Richterin Frau Kerstin Nitsche mitgeteilt bekommen. Cornelia Radeke-Engst: „Damit ist der Schutz zur ungestörten Feier eines Gottesdienstes mit Füßen getreten worden.“

Wieland Eschenburg

Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche e.V.
Vorsitzende
Maike Dencker

Nagelkreuzgemeinde Garnisonkirche Potsdam
Assistent des Pfarramts
Matthias Kasparick

Telefon: 0331.97931947
Telefax: 0331.2011831
assistenz-pfarramt@garnisonkirche-potsdam.de

Stiftung Garnisonkirche Potsdam
Kommunikationsvorstand
Wieland Eschenburg

Verwaltungsvorstand
Peter Leinemann

Theologischer Vorstand
OKR Martin Vogel

Pressereferentin
Maria Zach

Gutenbergstraße 71/72
14467 Potsdam

Telefon: 0331.5058168
Telefax: 0331.6012265
presse@garnisonkirche-potsdam.de

www.garnisonkirche-potsdam.de

Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages